

2.1NEU5 Auf den Anfang kommt es an: Kinder, Jugend und Familie

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarische Brandenburg

Status: Modifiziert

1 Gemeinsam und gerecht - für ein solidarisches Brandenburg

2 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Längst nicht alle können am
3 Wohlstand unserer Gesellschaft teilhaben, die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter
4 auseinander. Unser Ziel ist es Teilhabe und Selbstbestimmung für jede und jeden Einzelne*n zu
5 verwirklichen und Armut zu bekämpfen. Wir stehen für ein gerechteres Land mit starken öffentlichen
6 Institutionen, guten Kitas und Schulen, guten Ausbildungs- und Studienangeboten, guten Arbeitsplätzen,
7 guten Kultur- und Sportangeboten, einem guten Gesundheitssystem sowie guter Pflege im Alter. Das ist der
8 Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält und die Grundlage für den sozialen Frieden!

9 Familien stärken

10 Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ganz gleich,
11 in welcher Konstellation, ob das in einer Mutter-Vater-Kind(er)-Konstellation, bei Alleinerziehenden,
12 Patchwork- oder Regenbogenfamilien geschieht. Wir kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jedes einzelne
13 Kind gesund aufwachsen und seine Potenziale entfalten kann.

14 Kinderarmut dürfen wir in einem reichen Land wie unserem nicht zulassen. Jedes vierte Kind in
15 Brandenburg unter drei Jahren ist arm oder armutsgefährdet. Besonders häufig arm sind die Kinder
16 alleinerziehender Mütter oder in kinderreichen Familien. Sie wollen wir deshalb besonders unterstützen.
17 Aufwachsen in Armut bedeutet mehr als finanzielle Not, es betrifft die gesamte Lebenssituation. Denn
18 Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, oft ein Leben lang. Schließlich stehen in keinem anderen
19 Industrieland die Chancen für einen späteren sozialen Aufstieg so schlecht wie in Deutschland. Wir wollen
20 deshalb nicht nur an einem „Runden Tisch“ über Kinderarmut reden, sondern das Problem mit konkreten
21 Maßnahmen wie der „Bildungskarte gegen Kinderarmut“ und dem Aufbau kommunaler Präventionsketten
22 ernsthaft anpacken.

23 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Politik. Wir setzen uns für
24 familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für
25 Familien ein. Gleichzeitig möchten wir erreichen, dass Frauen und Männer ihren Wunsch nach
26 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben können und Zeit haben, Kinder oder
27 pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Die Situation von Alleinerziehenden nehmen wir besonders in
28 den Blick.

29 „Frühe Hilfen“: Kindeswohl und Kinderschutz sichern

30 Wir wollen jedem einzelnen Kind gute Startchancen ins Leben bieten, von Anfang an. Für eine starke
31 soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung brauchen vor allem Kinder aus
32 Familien in schwierigen Lebenslagen eine frühe Förderung. Wir wollen die Mittel für den Kinderschutz und
33 die „Frühen Hilfen“ aufstocken und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ professionalisieren und ausbauen.
34 Kitas wollen wir zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehr-Generationenhäusern weiterentwickeln. Hier können
35 niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung von
36 unterstützenden Patenschaften oder Senior*innenkreise stattfinden. Das Land soll hier Modellprojekte vor
37 allem in berlinfernen Regionen fördern.

38 Die Welt entdecken: Frühkindliche Bildung verbessern

39 Die ersten Lebensjahre entscheiden besonders stark über die Entwicklung eines Menschen. Deswegen
40 brauchen wir gute Kitas und müssen sie entsprechend ausstatten. In der Relation von Personal zu Kindern
41 liegt Brandenburg trotz leichter Verbesserungen regelmäßig auf den hinteren Rängen. Wir wollen sowohl
42 die Qualität in den Kitas weiterentwickeln als auch die gerade begonnene Einführung der Beitragsfreiheit
43 fortsetzen. Bis dieses Ziel erreicht ist, setzen wir uns für gerechte und vergleichbare Elternbeiträge in den
44 Kommunen ein. Die Gruppengrößen wollen wir senken und die Zahl der Kinder, die eine Fachkraft betreut,
45 möglichst schnell auf die wissenschaftlich empfohlene Relation von 1:3 für Unter-Dreijährige und 1:7,5 für
46 Drei- bis Sechsjährige verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Elternbeitragsfreiheit stärker ausweiten und
47 landesfinanzierten Betreuungszeiten durch die Einführung einer dritten Betreuungsumfangsstufe
48 bedarfsgerecht ausbauen. Das auf unsere Initiative hin beschlossene landesweite Kita-Qualitätsmonitoring
49 soll künftig alle Kitas bei der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität beraten können. Das
50 Kitagesetz wollen wir über einen öffentlichen Beteiligungsprozess umfassend reformieren, um den
51 erweiterten Bildungsauftrag, die Qualitätssicherung, die räumliche und zeitliche Bedarfsabdeckung, eine
52 gerechte Finanzierung und Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zu regeln. Wir wollen
53 flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes Essen, ohne dass
54 Eltern dafür draufzahlen müssen. Das Programm „Kiez-Kita“ wollen wir weiter verbessern. Die Zahl von 100
55 Kitas, die aufgrund ihres Sozialindex jetzt im Rahmen des Programms „Kiez-Kita eine halbe bis ganze
56 Stelle zusätzlich beantragen können, ist zu klein.

57 Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte.
58 Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Ausbildung, gute Bezahlung, die über den
59 Mindestlohn hinaus geht und eine regelmäßige Evaluierung.

60 Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener
61 Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieher*innen
62 gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für Die
63 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und
64 Therapieprogramme anbieten.

65 **Kinderrechte umsetzen, Kinder und Jugendliche beteiligen**

66 Kinder und Jugendliche haben ein Recht, unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Wir wollen
67 Kinder darin unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb werden wir ein Konzept erarbeiten, wie wir
68 die Kinderrechts-Charta in Brandenburg am besten umsetzen können. Alle Kinder und Jugendlichen sollen
69 künftig in Brandenburg eine eigene Anlaufstelle finden, die ihnen mit juristischem Rat zur Seite steht. Die
70 Initiative der Landesregierung, sich im Bundesrat für „Kinderrechte ins Grundgesetz“ einzusetzen,
71 unterstützen wir. Aufgrund unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
72 Jugendbeteiligung jetzt verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir wollen die konkrete
73 Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort von Landesseite unterstützen, denn es ist wichtig, dass die
74 Beteiligung auch wirksam ist. Da es viele tolle Beispiele für gut funktionierende Kinder- und
75 Jugendparlamente, Jugendbeiräte oder Jugendforen gibt, wollen wir eine landesweite
76 Informationskampagne mit Best-Practise-Beispielen starten.

77 **Kinder und Jugendhilfe stärken**

78 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Angebots- und Unterstützungssystem, das Familien
79 bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenslagen auf Augenhöhe berät und ihnen unter die
80 Arme greift. Wir wollen eine freundliche, den Menschen und den Familien zugewandte Behörde, die
81 präventiv und proaktiv tätig wird und so Benachteiligungen vermeidet und abbaut. Jugendämter sollen
82 stärker zur Schaffung von positiven Lebensbedingungen beitragen und eine kinder- und
83 familienfreundliche Umwelt gestalten, damit Familien gar nicht erst in Bedrängnis geraten. Um zuzuhören
84 und sensibel mit den Betroffenen umzugehen müssen sich Sozialarbeiter*innen ausreichend Zeit nehmen
85 können. Derzeit sind die einzelnen Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe viel zu hoch. Wir setzen uns
86 für bessere Rahmenbedingungen, mehr finanzielle Ressourcen und qualifiziertes Personal sowie gute
87 Fortbildungs- und Supervisionsangebote für die Mitarbeiter*innen ein.

88 Wir betrachten Jugend- und Jugendsozialarbeit als Anspruch nicht nur für benachteiligte, sondern für alle
89 Jugendlichen. Jugend- und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer,
90 kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Die Sozialraumorientierung wollen wir ausbauen und
91 möglichst über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus weitere Einrichtungen, z.B. Schulen, stärker in die
92 Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds einbeziehen.

93 Skandalöses Versagen wie das der Fachaufsicht des Landesjugendamts und des Ministeriums für Bildung,
94 Jugend und Sport in den Haasenburg-Heimen darf sich nicht wiederholen. Unsere Fraktion brachte die
95 Vorgänge auf die Tagesordnung des Landtags und setzte eine Untersuchung sowie Neu-Konzeption des
96 Umgangs mit dieser Klientel durch. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen umsetzen, die Fachaufsicht
97 personell aufstocken und die Einrichtungen fachlich beraten, unterstützen und ggf. auch kontrollieren. Für
98 Konfliktsituationen zwischen Betroffenen und dem Jugendamt wollen wir das Netz regionaler
99 Ombudsstellen weiter ausbauen.